

Antrag des Stadtverordneten Jörg Gleisenstein (Bündnis
90/Die Grünen) und der Fraktion DIE LINKE
5. Stadtverordnetenversammlung am 02.04.2009

Betreff: Klimaschutz als kommunale Aufgabe ernst nehmen – Klimaschutzkonzept für
Frankfurt (Oder) erstellen – Strukturen für effektiven Klimaschutz aufbauen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt (Oder) nimmt den Klimaschutz als wichtige Aufgabe der Stadt wahr.
2. Die Stadt Frankfurt (Oder) stellt deshalb ein Klimaschutzkonzept auf. Mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt die Stadt Frankfurt (Oder) ein Fachbüro. Dessen Aufgabe ist die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Koordination und Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes. Für die Aufstellung des Klimaschutzkonzeptes werden Fördermittel der Klimaschutzinitiative der Bundesregierung beantragt. 20 % der entstehenden Kosten übernimmt die Stadt.
Im Anschluss daran soll eine/n Klimaschutzmanager/in eingestellt werden, deren/ dessen Aufgabe die Erstellung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ist. Im Rahmen der Klimaschutzinitiative sind hierfür Fördermittel zu beantragen. Im Fall der Bewilligung einer 80 %igen Förderung ist die Stelle befristet für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. 20 % der anfallenden Personalkosten trägt die Stadt Frankfurt (Oder).
3. Bei der Aufstellung des Klimaschutzkonzeptes werden die Öffentlichkeit, lokale Akteure und Expertinnen und Experten eingebunden. Eine Kooperation mit Slubice und den umgebenden Landkreisen auf beiden Seiten der Oder, insb. wenn dort ähnliche Konzepte entwickelt werden, ist anzustreben. Die Konzepterstellung wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

Begründung:

Verschiedene Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung an Klimaveränderungen werden für die Kommunen immer mehr Bedeutung bekommen und auch in Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes Brandenburg deutlich an Gewicht gewinnen. Hierauf vorbereitet zu sein, stellt einen nicht gering zu schätzenden Vorteil für die gesamte Stadt dar.

Klimawandel als Herausforderung

Die Kommunen werden in den nächsten Jahrzehnten zunehmend vom Klimawandel betroffen sein. Steigende Durchschnittstemperaturen (2 bis 6 Grad Celsius) werden zu einem steigenden Meeresspiegel führen. Die Berliner Senatsverwaltung beschreibt die Folgen für die Region folgendermaßen: „Modellrechnungen für Deutschland zeigen in allen Landschafts-großräumen eine starke Zunahme von Hochwasserereignissen, bedingt durch Starkregen bzw. an den Küsten auch durch den Meeresanstieg. Gleichzeitig werden in allen Regionen, mit Ausnahme des Nordwestdeutschen Tieflandes, Risiken durch Trockenheit erwartet. Das nord-ostdeutsche Tiefland wird davon in besonders starkem Maße betroffen sein.

Nach den Berechnungen der Klimafolgenforschung werden sich die bereits heute zu beobachtenden Trends in der Region Berlin verstärken: sehr trockene Sommer lösen feuchtwarmes Klima im Winter ab. Bei drastischem Rückgang der Jahresniederschlagsmengen werden Starkregen- und Hochwasserereignisse häufiger, während der zur Grundwasserbildung notwendige "Landregen" seltener wird. Im Ergebnis werden Trockenheit und Wassermangel als die zentralen Risikofaktoren für die Region identifiziert.“¹

¹ <http://www.berlin.de/sen/umwelt/klimaschutz/klimawandel/de/auswirkungen.shtml>

Dies stellt die Kommunen vor neue Herausforderungen und auch in Frankfurt (Oder) werden aller Voraussicht nach in Zukunft verschiedene Anpassungsmaßnahmen vorgenommen werden müssen. Neben den Anpassungsmaßnahmen (wie z.B. Dimensionierung der Niederschlagsentwässerung, Deichbau, Land- und Forstwirtschaft) sind auch Maßnahmen erforderlich, um die CO₂-Emissionen bereits heute zu reduzieren, damit der durchschnittliche Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius begrenzt wird. Menschengemachte CO₂-Emissionen entstehen im Wesentlichen durch die Verbrennung fossiler Energieträger und sind der wesentliche Faktor hinter dem globalen Temperaturanstieg. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 % zu reduzieren. Zur Erreichung dieses Zielles müssen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen große Anstrengungen unternommen werden.

Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft

Eng verbunden mit der Frage des Klimaschutzes ist die Frage der Energieunabhängigkeit. Öl und Gas sind nicht nur endlich, sondern kommen auch bei uns kaum vor. Beträge von mehreren Millionen Euro fließen damit für Energielieferungen aus der Region ab und stehen nicht mehr für lokale Wertschöpfung zur Verfügung. Im Gegensatz dazu sind die Erneuerbaren Energien überall verfügbar und stärken die lokale Ökonomie.

Die Energiepreise sind gerade in den letzten Jahren bereits erheblich gestiegen und werden aller Voraussicht nach weiter ansteigen. Steigende Energiepreise zwingen die Kommunen, Sparmaßnahmen durch eine effizientere Energienutzung zu ergreifen. Ein erster Schritt zu höherer Energieeffizienz ist es, die kommunalen Energieverbräuche und Einsparpotentiale zu erfassen und darauf basierend ein Konzept für die schrittweise Reduzierung des Energieverbrauchs zu entwickeln. Die Bundesregierung fördert seit Juni 2008 im Rahmen der Klimaschutzinitiative die Erstellung von kommunalen Klimaschutzkonzepten mit bis zu 80 % der Kosten. 20 % der Kosten trägt die Kommune. Informationen zu dem Programm gibt es unter www.kommunaler-klimaschutz.de

An die Förderung eines Klimaschutzkonzeptes sind bestimmte Bedingungen geknüpft. Die Konzepte sollten:

- partizipativ sein, d.h. die Interessensgruppen vor Ort sind in die Erstellung einzubeziehen;
- von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet sein;
- eine kommunale CO₂-Bilanz enthalten;
- die verschiedenen Sektoren (z.B. Haushalte, Gewerbe, Verkehr etc.) einbeziehen;
- umsetzungsorientiert sein und konkrete Maßnahmen enthalten.

Klimaschutz rechnet sich

Als Ergebnis des Klimaschutzkonzeptes sollen konkrete Projekte stehen, die kurz- und mittelfristig umgesetzt werden können. Für diese soll ein Finanzierungspfad aufgezeigt werden. Im Anschluss an die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes ist auch die Förderung eines Umsetzungsmanagements im Rahmen der Klimaschutzinitiative möglich.

Die Erfahrung zeigt aber auch, dass in zahlreichen Bereichen bereits durch Verhaltensänderungen bis

zu 20 % des Energieverbrauchs eingespart werden können. Nicht alle Maßnahmen werden also notwendigerweise mit Investitionen verbunden sein. Auch die Potenziale in diesem Bereich sollen durch das Klimaschutzkonzept erschlossen werden.

Auch in Frankfurt (Oder) bestehen schon einige Konzepte und Planungen, die den Klimaschutz zum Ziel haben oder in ähnlichen Bereichen angesiedelt sind (z.B. ÖPNV-Konzept, Radverkehrskonzept, Lärmaktionsplan, Beschluss zur Solarstadt). Diese sollen berücksichtigt werden und bekommen in einer integrierten Klimaschutzkonzeption zusätzliches Gewicht.

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) fordert deshalb den Oberbürgermeister auf, ein Klimaschutzkonzept aufzustellen und entsprechende Fördermittel aus der Klimaschutzinitiative der Bundesregierung zu beantragen.

Jörg Gleisenstein
Stadtverordneter Bündnis 90/Die Grünen

Axel Henschke
Fraktionsvorsitzender